

BERLIN AKTUELL

Newsletter von Patrick Schnieder MdB

Ausgabe 264 – 25. November 2022

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Höhepunkt einer Haushaltswoche ist eigentlich die traditionelle Generaldebatte zum Etat des Bundeskanzleramtes. Sie bedeutet eigentlich einen Schlagabtausch zwischen Oppositionsführer und Bundeskanzler. In dieser Woche erlebten wir das Gegenteil. Wir erlebten einen Bundeskanzler, der viel mehr zurück blickt anstatt seine Politik von heute und morgen zu erklären. Wir erlebten einen Bundeskanzler, der beharrlich darauf pocht, dass es in diesem Land eigentlich keine Probleme gibt, weil sie die Ampel bereits gelöst hat. Und wir erlebten damit einen Bundeskanzler, der nicht weiter weg sein könnte von der Lebenswirklichkeit vieler Bürger in Deutschland.

Friedrich Merz machte für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion klar, dass wir Lösungen und Konzepte und damit Klarheit für die Menschen in unserem Land erwarten. Denn trotz aller Ankündigungen ist nach wie vor unklar, wie beispielsweise die Gas- und Strompreisbremse umgesetzt werden soll. Ganz zu schweigen von der offenen Frage, wie Bezieher anderer Energieträger (z.B. Heizöl oder Pellets) entlastet werden sollen. Hier erwarten wir mehr von der Bundesregierung und wir erwarten von einem Bundeskanzler, dass er auf Kritik nicht mit der üblichen Arroganz, sondern mit Lösungsangeboten reagiert. Zur Merz-Rede: <https://www.youtube.com/watch?v=9aC-y1JsbO4>

Herzliche Grüße

Ihr Patrick Schnieder

Union setzt wichtige Verbesserungen beim Bürgergeld durch

Am Mittwoch hat der Vermittlungsausschuss über das Bürgergeld beraten und eine Einigung erzielt. Erst durch die Änderungen, die die Unionsvertreter hineinverhandelt haben, kann ich dem Vorschlag zustimmen.

Der ursprüngliche Vorschlag war nicht akzeptabel. Er hätte einen Kurswechsel und eine Abkehr vom Prinzip des "Förderns und Forderns" bedeutet. Die Funktionsweise unseres Sozialstaates setzt

Solidarität auf beiden Seiten voraus, die Solidarität der Beitragszahler und die der Leistungsempfänger.

Die Unionsvertreter haben nun durchgesetzt, dass Leistungen für Langzeitarbeitslose nach wie vor an die klare Mitwirkung der Empfänger geknüpft sind. Gegen Leistungsempfänger, die sich zum Beispiel nicht für einen Job bewerben, obwohl dies mit dem Jobcenter vereinbart war, können von Anfang an Sanktionen verhängt werden. Die Ampel hatte eine "Vertrauenszeit" von sechs Monaten vorgesehen, in denen es diese Sanktionen nicht geben sollte. Auf diese Vertrauenszeit wird nun verzichtet.

Auch das Schonvermögen und die Karenzzeit, in der die finanziellen und Wohnverhältnisse nicht überprüft werden, werden reduziert. Für das Schonvermögen soll eine Karenzzeit von einem Jahr gelten – die Ampel hatte zwei Jahre gefordert. In dieser Zeit müssen Leistungsempfänger ihre Ersparnisse nicht aufbrauchen. Auch die Karenzzeit der Prüfung der Angemessenheit der Wohnung wurde von zwei Jahren auf ein Jahr verringert.

Es ist zu vermuten, dass mit dem ursprünglichen Vorschlag zum Bürgergeld der Weg hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen geebnet werden sollte. Dies konnte abgewendet werden. Heute haben Bundesrat und Bundestag der Neufassung des Bürgergeldes zugestimmt.

Die Haushaltspolitik der Ampel ist von Tricksen und Täuschen geprägt

Die Ampel hat in dieser Woche den Bundeshaushalt 2023 mit ihrer Mehrheit beschlossen. Für das kommende Jahr sieht sie Ausgaben in Höhe von knapp 500 Milliarden Euro vor. Dabei will sie neue Schulden in Höhe von rund 50 Milliarden Euro aufnehmen. Auf den ersten Blick wird die Ampel die Schuldenbremse im kommenden Jahr damit formal wieder einhalten. Auf den zweiten Blick stellt sich dies jedoch als Taschenspielertrick heraus. Denn die Bundesregierung parkt neue Schulden in dreistelliger Milliardenhöhe in Sondervermögen und anderen Schattenhaushalten. Nicht ohne Grund hat der Bundesrechnungshof Finanzminister Lindner für seine Haushaltspolitik scharf kritisiert und ihn aufgefordert, die verdeckte Verschuldung des Bundes zu beenden.

Eine klare Schwerpunktsetzung sucht man in den Haushaltsplänen der Ampel ebenfalls vergebens. Aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion braucht es ein angebotsorientiertes Wachstumspaket für Deutschland. Wir schlagen beispielsweise vor, die steuerliche Gesamtbelastung für Unternehmen auf 25 Prozent zu begrenzen, um Arbeitsplätze zu sichern. Wir müssen weiter in die berufliche Bildung investieren, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Auch das stärkt den Wirtschaftsstandort. Gleichzeitig brauchen wir eine gezielte Entlastung von Verbrauchern und Unternehmen. Wir haben in diesem Jahr noch zwei Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Es liegt uns jedoch nach wie vor kein Gesamtkonzept zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen von der Bundesregierung vor. Das ist ein Armutszeugnis. Zumal die Union in den vergangenen Monaten wiederholt Vorschläge unterbreitet hat. Beispielsweise auch für Personen, die mit Heizöl oder Pellets heizen. Diese scheint die Bundesregierung bislang vergessen zu haben.

Und zu allem Überfluss kürzt die Ampel ausgerechnet den Verteidigungsetat um 300 Millionen Euro. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ist von dem Versprechen des Bundeskanzlers, das 2-Prozent-Ziel der NATO einzuhalten, nichts zu sehen. Das zeigt einmal mehr: Man kann dieser Bundesregierung mit dem Bundeskanzler an der Spitze nicht vertrauen.

Förderstopp betrifft auch die Eifel-Mosel-Region: Kein Baukindergeld mehr für Familien

Gerade in ländlichen Region wie der Eifel-Mosel-Region planen viele Familien ein Eigenheim. Auch wenn die Kosten enorm steigen, sind Bauplätze hier noch erschwinglicher als in den Ballungszentren. Gleichwohl wird es für Familien immer schwieriger, Eigentum zu erwerben. Deshalb ist die Förderung über ein Baukindergeld so wichtig. Und das hat gerade in unseren ländlichen Räumen, wo sonst viele Familie wegziehen, zu einer positiven Entwicklung geführt.

Die Familien der Region haben sich auf die zugesagte finanzielle Förderung bis Ende 2023 verlassen. Nun aber hat die Ampel-Regierung in den Haushaltsberatungen die Mittel für das Baukindergeld um über 18 Millionen Euro gekürzt und schließt das Programm sogar zum Ende des Jahres - vorzeitig! Das erinnert an die Vollbremsung der KfW-Förderung Anfang des Jahres. Bis zu 20 000 Familien, die das Baukindergeld fest eingeplant hatten, werden nun leer ausgehen.

Hunderttausende Familien konnten sich mit dem Baukindergeld den Traum von den eigenen vier Wänden erfüllen. Für einige Tausend droht dieser Traum nun zu zerplatzen, weil die Förderung als fest eingeplanter Finanzierungsbaustein wegbricht. Dass die Ampel Familien im Regen stehen lässt, ist bitter und zerstört erneut Vertrauen in Politik. Zumal es oftmals unverschuldet zu einem verspäteten Einzug kommt, denn der Handwerkerangel und Materialengpässe verzögern die Pläne.

Vor allem macht die Regierung mit dieser Entscheidung auch deutlich, dass Eigentumsbildung bei ihr keine Priorität hat. Dass gerade die FDP sich darauf einlässt, ist völlig unverständlich. Als Union haben wir schon vor Monaten ein umfassendes und detailliertes Maßnahmenpaket in den Deutschen Bundestag eingebracht, um mehr Menschen ihren Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Die Ampel hat unseren Antrag abgelehnt und torpediert mit ihrer jetzigen Entscheidung auch noch jegliche Eigentumsbildung.

Hintergrund:

Voraussetzung für die Bewilligung von Baukindergeld ist, dass während der Laufzeit des Programms in das geförderte Immobilieneigentum eingezogen wird. Aufgrund des Ukraine-Krieges sind aber Lieferketten gebrochen und haben sich die Bauzeiten enorm verlängert. Viele Familien können daher – völlig unverschuldet – in 2022 ihr Bauvorhaben nicht mehr abschließen und einziehen. Sie drohen nun durchs Raster zu fallen.

Streitgespräch zur Wahlwiederholung in Berlin

In der letzten Ausgabe meines Newsletters habe ich über die Entscheidung des Bundestages zur Wiederholung der Bundestagswahl in Berlin berichtet.

In der vergangenen Woche hat das Berliner Verfassungsgericht sehr eindrucksvoll dargelegt, warum es in Berlin eine komplette Wiederholung der Abgeordnetenhauswahl geben muss. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion fühlen wir uns durch das Urteil in unserer Annahme bestärkt, dass die Entscheidung der Koalition im Wahlprüfungsausschuss des Bundestages dem Berliner Wahlchaos nicht gerecht wird.

Den Berliner Verfassungsrichtern gebührt großer Respekt. Sie haben trotz des politischen Drucks, der aus der Berliner SPD auf die Richter ausgeübt wurde, eine kluge Entscheidung getroffen und damit einen wichtigen Beitrag geleistet, um verloren gegangenes Vertrauen in unsere demokratischen Institutionen wiederherzustellen.

Zu verantworten haben dieses Chaos und den dadurch entstandenen Schaden für unsere Demokratie die Berliner SPD und hier vor allem der damalige Innensenator. Als rechtsaufsichtsführende Behörde hätte er rechtzeitig eingreifen und sicherstellen müssen, dass die Berliner Wahlen verfassungskonform durchgeführt werden können. Leider setzt sich das politische Wegducken der Berliner SPD bis heute fort. Wir erwarten, dass Senator Geisel jetzt endlich die Verantwortung für dieses Versagen übernimmt und zurücktritt. Falls er das nicht tut, muss Frau Giffey ihn entlassen.

In diesem Zusammenhang darf ich Ihnen ein Streitgespräch der Wochenzeitung "Das Parlament" ans Herz legen, das ich in der vergangenen Sitzungswoche mit meinem SPD-Kollegen Dr. Johannes Fechner geführt habe. Zum Streitgespräch: https://www.das-parlament.de/2022/46_47/im_blickpunkt/920786-920786

Die Woche im Wahlkreis

In der vergangenen Woche bot sich mir gleich zwei Mal die Gelegenheit für einen Schulbesuch. Mit den Schülern der Klassenstufe 10 der Kaiser-Lothar-Realschule in Prüm habe ich über die Bedeutung von Politik und Wahlen vor dem Hintergrund der deutschen NS-Vergangenheit diskutiert. Zudem war ich anlässlich des bundesweiten Vorlesetages an der Grundschule Kyllburg.

Beim gemeinsamen Besuch mit Dennis Junk MdL bei der RBB-Aluminium-Profiltechnik AG in Wallscheid und beim Steinbruch der Lehenen-Gruppe in Niederscheidweiler ging es insbesondere um die derzeitigen Preissteigerungen und die daraus resultierenden Herausforderungen für die Unternehmen.

Bei der Mitgliederversammlung des CDU-Gemeindeverbandes Arzfeld wurde nicht nur der Vorsitzende Gerhard Kauth im Amt bestätigt, sondern auch einige Mitglieder für ihre über 40-jährige oder 50-jährige Mitgliedschaft geehrt.

Zum Abschluss der Woche fand schließlich noch die Jahreshauptversammlung des Kreismusikverbandes Bitburg-Prüm in Biersdorf statt.

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de